Zeszyty Naukowe
Wyższej Szkoły Bankowej w Poznaniu
2016, t. 68, nr 3

Armin Jans

Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften
School of Management, Winterthur
e-mail: armin.jans@datazug.ch
Telefon 0041 41 711 70 58

Der nicht-kapitalistische Sektor in der Schweiz

Zusammenfassung. *Die diskutierten Betriebe lassen sich in drei Typen einteilen: Typ 1 umfasst Wirtschaftseinheiten, die einem starken Konkurrenzdruck kapitalistischer Unternehmen ausgesetzt sind und sich ähnlich wie diese verhalten (Migros, Coop, Raiffeisen, Mobiliar, Krankenkassen usw.). Zu Typ 2 gehören vor allem die Wohnbaugenossenschaften, die sich als Selbsthilfeorganisationen deutlich anders als die kapitalistische Konkurrenz verhalten. Typ 3 besteht aus selbstverwalteten Betrieben aller Art, in denen die Mitarbeiter und nicht die Kapitaleigner die Entscheidungen dominieren.*

Der nicht-kapitalistische Sektor umfasst etwa 12,5% aller Vollzeitstellen. Die Wirtschaftseinheiten der Typen 2 und 3 erhöhen den in Tabelle 1 ausgewiesenen Wert nur um 0,5 Prozentpunkte. Denn je grösser die Abweichungen von streng kapitalistischen Unternehmen, desto seltener, kleiner und damit unbedeutender sind die Wirtschaftseinheiten. Ganz im Sinne des polnischen Satirikers Stanisław Jerzy Lec: „Viele, die ihrer Zeit vorausgeeilt waren, mussten auf sie in sehr unbequemen Unterkünften warten."

Schlüsselwörter: *Wirtschaftsordnung, Betriebsverfassung, Gewinnausschüttungspolitik, Partizipation, Mitbestimmung, Selbstverwaltung, Genossenschaften*

Einführung

Die Schweiz gilt – nicht nur wegen des Bankensektors – als kapitalistisches Land. Die Staatstätigkeit ist im internationalen Vergleich niedrig. So betrugen die Staatsausgaben 2013 nur 31,5% des BIP gegenüber 38,9% in den USA und 49,4%

im Euroraum.[1] Der Anteil der öffentlichen Verwaltung, Verteidigung, Gesundheit, Bildung und soziale Arbeit an der gesamten Beschäftigung betrug 2013 in der Eurozone 23.6%, in der Schweiz 19.7%.[2] Dazu kommt, dass es in der Schweiz im Vergleich zu Deutschland oder Österreich weniger öffentliche Betriebe gibt, die zudem heute in fast allen Geschäftsbereichen in Konkurrenz mit privaten Unternehmen stehen.

Die Schweiz – offizielle Bezeichnung: Schweizerische Eidgenossenschaft – blickt indessen auf eine reiche genossenschaftliche Tradition zurück. In der Land, Forst- und Alpwirtschaft spielten die Allmenden (d.h. Land, das der Gemeinschaft gehört) eine wichtige Rolle. Als Beispiel erwähnt Ostrom das Dorf Törbel im Oberwallis, dort sind heute noch vier Fünftel der Alpweiden im Gemeineigentum, dieses ist seit 1224 urkundlich verbürgt und in demokratisch beschlossenen Dorfstatuten verankert [Ostrom 1999: 79-83, zitiert nach Spieler 2013: 320]. Im Zuge der Industrialisierung entstanden Mitte des 19. Jahrhundert die ersten Konsumgenossenschaften, im späteren 19. Jahrhundert Produktionsgenossenschaften (z.B. Genossenschaftsdruckereien) und in den grösseren Städten ab 1900 Wohnbaugenossenschaften [Zeittabellen von 1800-1978: 17-21, 25, 27, 33, 39, 43-49].

Im Folgenden wird der Versuch unternommen, nicht-kapitalistische Teile der schweizerischen Wirtschaft zu identifizieren, zu quantifizieren und zu kategorisieren. Zuerst wird in Kapitel 1 ein statistischer Überblick gegeben. Die verschiedenen Ansätze werden zuerst kurz vorgestellt und, soweit möglich, statistisch unterlegt. Dabei wird deutlich, dass der nicht-kapitalistische Teil auf unterschiedliche Weise abgegrenzt werden kann. In Kapitel 2 wird untersucht, welche weiteren Betriebe aus dem privaten marktwirtschaftlichen Sektor nicht-kapitalistisch sein könnten, ohne dabei Vollständigkeit anzustreben. Im 3. Kapitel werden diese Betriebe anhand verschiedener Kriterien verglichen, typisiert und schliesslich daraufhin befragt, ob sie tatsächlich nicht-kapitalistisch sind. Die abschliessende Zusammenfassung enthält die wichtigsten Ergebnisse.

Die Ausführungen basieren auf einschlägiger Fachliteratur, Geschäfts- und Tätigkeitberichten verschiedener Institutionen und Organisationen, öffentlich zugänglichen Statistiken sowie eigenen Recherchen. Bei den Statistiken wurde hauptsächlich 2013 als Berichtsjahr gewählt, weil für 2014 noch diverse Daten fehlen. Danken möchte ich hiermit Henner Kleinewefers, Willy Spieler, Rudolf Strahm, Hans-Jürg Fehr, Felix Horlacher und Johannes Wickli für ihre hilfreichen Kommentare zu einem ersten Entwurf.

[1] BFS, www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/18/01/key/01.html [28.09.2015].
[2] Eurostat, http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do [26.10.2015].

1. Statistischer Überblick

1.1. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

In der amtlichen Statistik der Schweiz finden sich Daten in der Unternehmensstatistik Statent, der Nachfolgerin der früheren Betriebszählungen. Darin wird die Beschäftigung des privaten und des öffentlichen Sektors erfasst. Letzterer umfasst die öffentliche Verwaltung und jene öffentlichen Unternehmen, die gemäss Bundesamt für Statistik (BFS) eine eigene Rechnung führen, „zu mindestens der Hälfte der öffentlichen Hand gehören und auf deren Unternehmenspolitik und die Zusammensetzung der verantwortlichen Organe die Behörden Einfluss nehmen“ [BFS 2009: 13]. Die Abgrenzung zwischen marktwirtschaftlich und nicht-marktwirtschaftlich erfolgt gemäss dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 95 (ESVG 95). Eine Produktion gilt demnach als nicht marktwirtschaftlich, falls sie gratis oder zu Preisen abgegeben wird, die weniger als die Hälfte der Herstellkosten decken [BFS 2009: 14]. Bei der 2014 vorgenommenen Revision der Methodik, die sich an das ESVG 2010 anlehnt, hat sich dies nur unwesentlich verändert. Die private Nichtmarktproduktion gemäss ESVG 2010 umfasst ausschliesslich die Produktion, die private Organisationen ohne Erwerbszweck – Verbände (inkl. deren Bildungsaktivitäten), Vereine (inkl. politische Parteien), kirchliche Organisationen, Sozialfirmen, Hilfswerke aller Art sowie Institutionen, die weitgehend oder vollständig mit unbezahlter Arbeit operieren – für die privaten Haushalte erbringen [BFS 2014: 2, und Eurostat 2014: 9 und 39 (Nummern 2.35-2.39) und 55].

Tabelle 1 zeigt die Ergebnisse für das Jahr 2013. Insgesamt gab es über 577 000 Einheiten, die Waren oder Dienstleistungen produzierten. Mehr als die Hälfte waren Einzelfirmen, danach folgten mit grossem Abstand Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHs), Vereine und Genossenschaften. 84% aller Vollzeit-Stellen und alle grossen Genossenschaften (wie Migros, Coop, Raiffeisen, Mobiliar usw.) finden sich im privaten, weitere 4% im öffentlichen marktwirtschaftlichen Sektor, wozu vor allem öffentliche Dienstleistungen (service public wie Post, öffentlicher Verkehr, Energie- und Wasserversorgung usw.) zählen. Die nicht-marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaft umfasst 2.5% aller Wirtschaftseinheiten und 12% aller Stellen. Davon sind 9.2% staatlich (öffentliche Verwaltung, Polizei, Militär, Schulen, Sozialversicherungen usw.) und 2.8% privat. Die Wertschöpfung des privaten marktwirtschaftlichen Sektors ist, gemessen an der Beschäftigung, leicht überproportional.

Tabelle 1. Beschäftigung nach Sektoren und nach wirtschaftlichem Verhalten 2013

Sektor	Anzahl Einheiten	Beschäftige (Anzahl Stellen)	Vollzeitäquivalente (Anzahl Stellen)	BIP-Anteil (in %)
Privater Sektor				
– marktwirtschaftlich	562 360	4 116 524	3 280 615	87,9
– nicht-marktwirtschaftlich	10 438	168 470	109 545	1,6
Öffentlicher Sektor				10,5
– marktwirtschaftlich	818	186 796	152 171	–
– nicht-marktwirtschaftlich	4231	490 818	359 409	–
Total ganze Wirtschaft	577 847	4 962 608	3 901 740	100,0

Quelle: Bundesamt für Statistik, STATENT 2013, provisorische Ergebnisse; BFS, Produktionskonto nach institutionellen Sektoren, provisorische Ergebnisse 2013 (26.01.2016), http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/04/02/02.html [8.09.2015].

1.2. Economie Sociale et Solidaire Genf

Eine dezidiert andere Sichtweise verfolgt die im Kanton Genf aktive Economie Sociale et Solidaire (ESS), die soziale und solidarische Wirtschaft. Sie umfasst private Betriebe mit verschiedenen Rechtsformen, die weder dem staatlichen noch dem gewinnorientierten privaten Sektor angehören. Um zur ESS zu zählen, muss ein Betrieb folgende Kriterien erfüllen: er stellt die Mitarbeitenden über das Kapital (unter anderem mittels Mitbestimmung), handelt ökologisch und solidarisch mit der lokalen und weiteren Gesellschaft, begrenzt die Gewinne freiwillig und reinvestiert diese weitgehend in den eigenen Betrieb [Chambre GE 2015: 7]. Diese Kriterien sind auch für die Abgrenzung der ESS in etwa zwanzig weiteren Ländern massgebend [Chambre GE 2015: 7, Fussnote 1].

Im Jahr 2013 waren fast zwei Drittel der 270 Mitglieder der Genfer ESS Vereine, dazu kamen Stiftungen, Genossenschaften und andere Rechtsformen. Rund die Hälfte waren Mikrofirmen mit weniger als 10 Beschäftigten, nur ein Betrieb zählte mehr als 250 Mitarbeitende. Total wurden 4908 Personen beschäftigt, die 2780 Vollzeitstellen belegten [Chambre GE 2015: 18-23]. Dies entspricht etwa einem Prozent der gesamten Beschäftigung, also einem Drittel des nicht-marktwirtschaftlichen privaten Sektors gemäss amtlicher Statistik gemäss Tabelle 1. Darüber hinaus waren rund 12 000 Personen ohne Entschädigung in der ESS tätig.

Nach der in Frankreich gebräuchlichen, lediglich auf der Rechtsform basierenden Abgrenzung gehören alle Vereine, Stiftungen und Genossenschaften zur

ESS. So gesehen würde die ESS im Kanton Genf im Jahr 2013 rund 2300 Unternehmen umfassen, die gegen 35 000 Personen in 27 000 Vollzeitstellen beschäftigen, was 11% der gesamten Arbeitnehmer entspricht [Chambre GE 2015: 23].

1.3. Unbezahlte Aktivitäten

Unbezahlte Aktivitäten spielen eine wichtige Rolle in der Gesellschaft. Dazu gehört zum einen die Hausarbeit und die Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen im gleichen Haushalt, zum andern die Freiwilligenarbeit, die geleistet wird in Institutionen und Organisationen (z.B. Vereinen) oder informell, als Nachbarschaftshilfe oder als Betreuung oder Unterstützung für Personen, die nicht im gleichen Haushalt leben. Tabelle 2 zeigt, dass das in den Haushalten geleistete Arbeitsvolumen 2013 das der Wirtschaft um rund 5% überstieg. Die unbezahlte Freiwilligenarbeit erreichte knapp 9% der in der Wirtschaft geleisteten Arbeit. Der Wert der Arbeit, bewertet nach marktüblichen Löhnen für die jeweiligen Tätigkeiten, ist hingegen in der Wirtschaft grösser, ebenso die Wertschöpfung. Die nicht entschädigten Tätigkeiten erreichen immerhin rund zwei Drittel des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

Tabelle 2. Arbeitsstunden und Wertschöpfung nach Entschädigung der Arbeit 2013

Art der Aktivität	Arbeitsvolumen (Mio. Stunden)	Wert der Arbeit (Arbeitseinkommen) (Mrd. CHF)	Wertschöpfung brutto (Mrd. CHF)
Wirtschaftliche Tätigkeiten (BIP)	7623	500*	635
Haus- und Betreuungsarbeit	8055	360	376
Freiwilligenarbeit institutionalisiert und informell)	665	41	42
Total	16 343	900	1043

* eigene Schätzung; eigene Berechnungen.

Wechselkurs des Schweizer Franken 2013 (Jahresmittel): 1 CHF = 0,812 € = 3,377 Złoty.

Q u e l l e: BFS 2015: 1, 5-6; OECD.

1.4. Umfang des nicht-kapitalistischen Sektors

Gemäss Tabelle 1 erreichte der Anteil des nicht-kapitalistischen Sektors (staatlicher und privater nicht-marktwirtschaftlicher Sektor) in der Schweiz im Jahr 2013 einen Anteil von 12% aller Vollzeitstellen. Die ESS in Genf zeigt, dass es darüber hinaus auch im privaten markwirtschaftlichen Sektor nicht-kapitalistische Wirtschaftseinheiten gibt. Insgesamt beträgt deren Anteil an den Vollzeitstellen somit mehr als 12%.

2. Die Landschaft der nicht-kapitalistischen Wirtschaftseinheiten

In diesem Kapitel werden Unternehmen aus dem privaten marktwirtschaftlichen Sektor (gemäss Tabelle 1) vorgestellt, die potentiell nicht-kapitalistisch sind. Sie sollen anhand von folgenden **fünf Kriterien** diskutiert werden:

– Höhe der Gewinnausschüttungen an die Eigentümer.

– Ausmass des Konkurrenzdrucks durch kapitalistische Wettbewerber und eigenes Marktverhalten.

– Partizipationsmöglichkeiten, die kleine Teilhaber formell und faktisch besitzen.

– Partizipation der Mitarbeitenden, im Spektrum von der reinen Dominanz des Kapitals bis zur reinen Dominanz der Mitarbeiter.

– Stellenwert von staatlichen Subventionen und Transfers von Sozialversicherungen.

Aufgrund des begrenzten Umfangs dieses Beitrags wird darauf verzichtet, Vollständigkeit anzustreben. Ausgeklammert werden neben der Landwirtschaft auch die von Arbeitgebern und Arbeitnehmern paritätisch verwalteten, der Altersvorsorge dienenden, gesetzlich vorgeschriebenen Pensionskassen. Im Fokus stehen Genossenschaften, Stiftungen und Vereine des 2. und 3. Wirtschaftssektors.

Die so abgegrenzte Landschaft wird nun nach diesen fünf Kriterien in ausgewählten Branchen und für selbstverwaltete Betriebe abgeschritten. Die wichtigsten Kennzahlen der diskutierten Betriebe sind in Tabelle 3 in Kapitel 3 zusammengefasst. Dort wird auch zu beantworten sein, welche der vorgestellten Unternehmen nicht-kapitalistisch sind.

2.1. Detailhandel

Migros und Coop sind die beiden mit grossem Abstand wichtigsten Detailhändler mit einem Marktanteil von je runden 30%. Beide sind private Genossenschaften mit über 2 Millionen Mitgliedern, die einfach ihren Beitritt zu erklären, aber keinen finanziellen Beitrag zu leisten haben. Beide schütten keine Gewinne aus, die Entschädigung der Genossenschafter beschränkt sich auf spezielle Angebote. Beide sind sehr wettbewerbsfähig, der Markteintritt von Aldi und Lidl hat ihnen in den letzten zehn Jahren kaum geschadet. Unter den vom World Monitor 2014 erfassten 1926 Genossenschaften aus 65 Ländern belegen sie nach dem Umsatz im Jahre 2012 die Plätze 16 und 20 [IGB 2014: 65].

Die Mitbestimmung der Genossenschafter ist stark eingeschränkt. Wie die Erfahrungen bei Migros zeigen, ist es de facto schwierig, oppositionelle Kandidie-

rende für die Aufsichtsorgane zu nominieren. Falls dies dennoch gelingt, sind ihre Wahlchancen aufgrund des Majoritätsprinzips sehr gering [Spieler 2008: 320-321]. Etwas überspitzt kann man deshalb von verwaltungsratseigenen Betrieben mit starkem Management (VEB) sprechen (Hinweis: der schweizerische Verwaltungsrat entspricht in etwa dem deutschen Aufsichtsrat, hat aber mehr Kompetenzen als dieser).

Sowohl Migros als auch Coop kennen eine stark unterparitätische Vertretung des Personals im Verwaltungsrat (Aufsichtsrat). Migros setzt darüber hinaus freiwillig 1% des Umsatzes für kulturelle Zwecke und die Klubschule ein (sog. Kulturprozent). Beide Genossenschaften gelten als Pioniere bei naturnah oder biologisch hergestellten Lebensmitteln und Fair-Trade-Produkten [Spieler 2008: 322].

Daneben gibt es auch kleine Akteure, die Nischen besetzen. So verkauft Claro Fair Trade AG seit 1977 Produkte, die sie von Kleinproduzenten aus dem Süden (3. Welt) direkt bezieht. Gegenwärtig betreibt sie 106 eigene Claro Läden und beliefert 398 weitere Verkaufspunkte mit rund 7 000 verschiedenen Artikeln von 260 verschiedenen Herstellern.[3]

2.2. Gastronomie

Im Folgenden werden zwei wichtige Non Profit Organisation (NPO) betrachtet, die in der Gastronomie tätig sind. Die ZFV Unternehmen (ZFV = Zürcher Frauenverein) erzielten als Genossenschaft 2014 einen Umsatz von 236 Mio. Franken in 153 Betrieben der Gastronomie (Hotels, Restaurants, Kantinen, Events, Bäckereien) und mit eigenen Liegenschaften. Sie sind in der ganzen Schweiz an 18 Standorten tätig und beschäftigten 2014 insgesamt 2588 Mitarbeiter mit 1577 Vollzeitstellen. 2014 erwirtschafteten sie einen Gewinn von rund 4,6 Mio. Franken, der vollständig thesauriert wurde. Gemeinsam mit verschiedenen Partnerinstitutionen bietet der ZFV auch Integrationsarbeitsplätze für Menschen mit einer körperlichen oder psychischen Leistungseinschränkung an.[4]

Die SV Group AG (SV = Schweizerischer Volksdienst) ist ebenfalls im Bereich der Gastronomie (vor allem Personalrestaurants, Kantinen, Hotellerie und Catering) tätig. Ihre wichtigste Aktionärin mit einem Anteil von rund 89% ist die SV Stiftung. Sie führt 327 Betriebe in der Schweiz, 202 Betriebe in Deutschland und 80 in Österreich. Ihr Umsatz betrug 2014 rund 707 Mio. Franken, sie beschäftigte 8558 Personen (= 5720 Vollzeit-Stellen) aus 113 Nationen. 2013 erreichte der Gewinn rund 9 Mio. Franken, davon wurde rund eine Mio. Franken als Divi-

[3] Claro Fair Trade AG, Geschäftsbericht 2013/2014, S. 0, www.claro.ch/de/aktionaersbereich/geschaeftsberichte [20.10.2015].

[4] Tätigkeitbericht SV Group 2014, www.sv-group.com/de/ueber-uns/publikationen.html [1.10.2015].

dende ausgeschüttet. Der Grossteil davon ging an die Stiftung SV, welche damit Projekte für eine nachhaltige, gesunde und erschwingliche Ernährung finanziert.[5]

In beiden Unternehmen sind die Mitarbeiter nicht im obersten Gremium (Verwaltungsrat bzw. Stiftungsrat) vertreten. Es dominieren das oberste Gremium und das Management.

2.3. Banken und Versicherungen

Bei den Banken sticht die genossenschaftlich organisierte Raiffeisengruppe hervor. Gemessen an den inländischen Aktiven betrug ihr Marktanteil 2014 rund 12%. Sie zählt rund 1,9 Millionen Genossenschafter. Diese sind finanziell an einer der rechtlich selbständigen 305 lokalen Banken beteiligt. Sie üben ihre Mitbestimmungsrechte (analog zu einer Aktiengesellschaft) aus. Alle Lokalbanken sind finanziell beteiligte Mitglieder der Genossenschaft Raiffeisen Schweiz und mittels 21 Regionalverbänden üben sie ihre Mitbestimmungsrechte in der nationalen Delegiertenversammlung aus. In den letzten Jahren hat die Gruppe stark expandiert und sich 2012 mit der Übernahme der Bank Notenstein neu im Privatbankgeschäft für vermögende Personen etabliert. Ursprünglich als reine Selbsthilfeorganisation konzipiert, richtet sich die Raiffeisen Gruppe heute an die gesamte Bevölkerung.

Das Personal ist nicht im Verwaltungsrat vertreten. Management und Verwaltungsrat kommt trotz der formal breiten Mitwirkungsmöglichkeiten der Genossenschafter eine zentrale Stellung zu. So wurde der Kauf der Bank Notenstein vom Verwaltungsrat im Januar 2012 ohne Einbezug der nationalen Delegiertenversammlung beschlossen. Deshalb können wir hier wegen der Dominanz der hierarchischen Entscheidungsstrukturen von einem VEB-nahen Betrieb sprechen.

Daneben zu nennen sind die zur Migros Gruppe gehörende Migros Bank (Marktanteil 2014: 2,7%), die Alternative Bank Schweiz (1%) und die Freie Gemeinschaftsbank Basel (0,2%). Die Alternative Bank Schweiz besteht seit 1990 als Aktiengesellschaft, Ende 2014 wies sie eine Bilanzsumme von rund 1,6 Mrd. Franken, 5068 Aktionäre, über 33 000 Kundinnen und Kunden und 90 Mitarbeiter aus. Sie ist insofern alternativ, als sie mit ihrer Tätigkeit eine soziale und solidarische Wirtschaftsweise fördern will. Dies erfordert (zumindest für einen Teil der Projekte) die Vergabe von Krediten zu Zinssätzen, die unter dem Marktniveau liegen. Die Anleger haben sich deshalb mit einem entsprechend tieferen Zinsertrag zu begnügen. Diese können indes bei der Verwendung ihrer Gelder mitbestimmen, indem sie sich an zweckbestimmten Anleihen beteiligen. Damit werden Projekte in rund zehn Bereichen (erneuerbare Energie, ökologische oder soziale Unternehmen usw.) gefördert. Die Aktionäre erhalten eine niedrige oder (wie 2015) gar keine Dividende, um die Eigenkapitalbasis der Bank zu stärken

[5] www.sv-stiftung.ch/de/sv-stiftung/taetigkeit.html [30.09.2014].

und eine Expansion des Geschäftsvolumens zu ermöglichen. Das Personal ist im Verwaltungsrat nicht vertreten, seine Mitwirkungsmöglichkeiten gehen nicht über die gesetzlichen, in der Schweiz bescheidenen Anforderungen hinaus.

Bei den privaten Versicherungen nimmt „Die Mobiliar" als Genossenschaft mit rund 1,7 Millionen Mitgliedern eine Sonderstellung ein. Alle, die einen Versicherungsvertrag mit der Mobiliar AG abgeschlossen haben, sind automatisch Genossenschafter. Über die Wahl von 150 Delegierten können sie Einfluss auf die Gesellschaft nehmen. Diese genehmigen den Geschäftsbericht und die Verteilung des Gewinns, sie wählen auch den Verwaltungsrat (Aufsichtsrat). Die Genossenschaft ist Alleineigentümer der Mobiliar Holding AG, deren Tochtergesellschaften das operative Geschäft wahrnehmen. 2014 wurden vom konsolidierten Jahresgewinn von rund 600 Mio. Franken 12 Mio. als Dividende an die Genossenschaft ausgeschüttet, 150 Mio. gingen in Form von Überschussbeteiligungen an die Kundschaft und der Rest wurde thesauriert [Geschäftsbericht Die Mobiliar 2014: 115]. Diese Kundenbeteiligung am Erfolg ist das Besondere bei der Mobiliar. Bezüglich Mitbestimmung der Mitarbeitenden unterscheidet sie sich nicht von kapitalistischen Unternehmen.

Auch die Mutuelle Vaudoise Versicherung ist im Besitz einer Genossenschaft. Diese hält 91% der Stimmrechte der gleichnamigen Holding, die aus vier operativen Aktiengesellschaften besteht. Der Grossteil der Gewinne der Holding wird einbehalten, 2014 wurden etwa 15% an die Genossenschafter ausgeschüttet [Geschäftsbericht der Mutuelle Vaudoise 2014: 101]. Beide Versicherungen sind als VEB-nahe Betriebe aufzufassen.

2.4. Wohnbaugenossenschaften

Etwa 8% aller Mietwohnungen sind im dauerhaften Besitz von Wohnbaugenossenschaften. Als private Selbsthilfeorganisationen vermieten diese Wohnungen zu Preisen, die zwar kostendeckend sind, aber deutlich unterhalb des Marktniveaus liegen, in den Städten Zürich, Basel und Genf im Durchschnitt um etwa 20% [BFS 2015]. In der Regel sind die Mieterinnen und Mieter Mitglieder der Genossenschaft und finanziell mittels Anteilscheinen beteiligt. Sie bestimmen an der Versammlung aller Mitglieder gemäss der Maxime „one man one vote" über die wesentlichen Belange ihrer Genossenschaft (Jahresbericht und Rechnung, Wahl des Vorstands). Sie geniessen auch einen weitgehenden Kündigungsschutz.

Dies trifft insbesondere zu auf die Allgemeine Baugenossenschaft Zürich (ABZ), die mehr als 10 000 Wohnungen in 60 Siedlungen in Zürich und Umgebung vermietet und damit die grösste Wohnbaugenossenschaft der Schweiz ist. Die Bewohner müssen grundsätzlich Mitglied der ABZ sein und Anteilsscheine im Wert von mindestens 1 500 Franken (= 5793 Złoty, Stand September 2015) zeichnen, die 2014 nicht verzinst wurden. Die ABZ hat für jede ihrer Siedlun-

gen eine Kommission und eine Versammlung aller Bewohner für die Regelung der spezifischen Belange eingerichtet. Neben den Mitgliedern der Siedlungskommissionen gehören auch die dem Tarifvertag unterstellten Mitarbeitenden zur Versammlung der Vertrauensleute, welche das Leitbild und das Reglement für einzelne Siedlungen genehmigt und in anderen Belangen ein Antragsrecht an die Generalversammlung besitzt.[6] Viele Wohnbaugenossenschaften sind innovativ, früher vor allem bezüglich Qualität der Architektur und der grünen Umgebung, heute auch bezüglich neuer Wohnformen.

Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang die 2007 gegründete Genossenschaft Kalkbreite in Zürich.[7] Denn sie vereint die traditionellen Grundsätze einer Wohnbaugenossenschaft mit Innovationen bei der Nutzung und bezüglich Nachhaltigkeit. Sie hat von der Stadt Zürich das Grundstück Kalkbreite (Fläche 6350 m^2) stark vergünstigt im Baurecht erhalten, im Sommer 2014 wurden die Gebäude fertiggestellt und bezogen. Im Innern des Blockrandgebäudes liegt die überdeckte Abstellanlage der Verkehrsbetriebe Zürich für Trams. Auf ihrem Dach, rund neun Meter über den Geleisen, befindet sich der 2500 m^2 grosse Innenhof, der Bewohnern und Öffentlichkeit als grüner Erholungsraum zur Verfügung steht. Die Hauptnutzfläche beträgt 13 226 m^2, davon entfallen 7811 m^2 auf das Wohnen (55 Wohnungen mit 97 Wohneinheiten), 4784 m^2 auf Gewerbe und Kultur und 631 m^2 auf die Hausgemeinschaft. Dazu kommen Dach- und Terrassenflächen und öffentlich zugängliche Innenhöfe.

In zweierlei Hinsicht ist die Kalkbreite innovativ:

1. Die 250 Bewohnenden leben teilweise in traditionellen Wohnungen. teilweise in Kleinwohnungen, die untereinander mittels Gemeinschaftsräumen und einer Küche verbunden sind (sog. Clusterwohnungen) oder in einem Grosshaushalt mit rund 20 Wohnungen und 50 Personen. Es gibt diverse Einschränkungen: die Wohnfläche darf nur 33 m^2 pro Person (CH-Mittelwert rund 45 m^2) ausmachen, Flexibilität wird durch gemeinschaftliche Büroräume und temporäre Gästezimmer (Jokerräume) erreicht.

2. Der Energieverbrauch ist sehr tief (Standard Minergie-Peco-Standard). Sodann darf kein Bewohner ein Auto besitzen, denn die Kalkbreite hat keine Garagen oder Parkplätze, ist aber sehr gut durch den öffentlichen Verkehr erschlossen. Insgesamt wird ein Energieverbrauch von 2000 Watt pro Person und Jahr angestrebt.

Die Genossenschaft Kalkbreite hat in einem Wettbewerb den Zuschlag für ein weiteres Projekt in der Stadt Zürich, das Zollhaus auf einem rund 5000 m^2 grossen Areal des ehemaligen Güterbahnhofs, gewonnen und wird bis 2020 dort Wohnungen, Gewerberäume und einen vielfältig nutzbaren Forumsraum analog zum Konzept der Kalkbreite realisieren.[8]

[6] Statuten der ABZ, www.abz.ch/home [15.10.2015].
[7] Zum Folgenden, www.kalkbreite.net [14.10.2015].
[8] www.kalkbreite.net/zollhaus/konzept [14.10.2015].

Es gibt zwei nationale Dachorganisationen. Wohnbaugenossenschaften Schweiz, der grösste Verband gemeinnütziger Wohnbauträger, zählte 2014 1106 Mitglieder, die 143 549 Wohnungen vermieteten.[9] Wohnen Schweiz (vor 2010 Schweizerischer Verband Liberaler Baugenossenschaften) hat etwa 400 Mitglieder, welche rund 30 000 Wohnungen vermieten. Die Partizipationsmöglichkeiten, welche die Wohnbaugenossenschaften bieten, werden indes nicht überall genutzt. Franz Cahannes brachte es 2008 als damaliger Präsident der Genossenschaft BAHOGE, die 1000 Wohnungen hatte, auf den Punkt: Es gibt Mieter, die nur deshalb einer Genossenschaft beigetreten sind, weil sie von einem günstigen Mietzins profitieren. An einer demokratischen Mitwirkung sind sie dagegen nicht interessiert [Zitiert nach Spieler 2008: 222]. Der gemeinnützige (d.h. genossenschaftliche und kommunale) Wohnungsbau geniesst in den grossen Städten eine starke politische Unterstützung. So wurde in Zürich 2011 eine wohnpolitische Programmnorm angenommen, die einen Anteil von einem Drittel an gemeinnützigen Wohnungen bis zum Jahr 2050 verlangt (aktuell sind es rund 25%).[10] Im Kanton Zürich wurde zudem in einer Volksabstimmung im September 2014 im Planungs- und Baugesetz neu das sogenannte Zuger Modell verankert, das darin besteht, dass die Gemeinden bei einer Erhöhung der Ausnutzungsmöglichkeiten von Baugebieten einen Mindestanteil für den preisgünstigem Wohnraum festlegen können.[11]

2.5. Krankenkassen und Carsharing

Die obligatorische und die freiwillige Kranken- und Unfallversicherung wird von privaten Krankenkassen angeboten. Sie werden vom Staat beaufsichtigt und stehen untereinander im Wettbewerb. Die meisten Krankenkassen sind zwar als Aktiengesellschaft (AG) konstituiert, als eigentliche Eigentümer fungieren aber häufig Vereine der Versicherten, Stiftungen oder Genossenschaften. Sie sind deshalb nicht an der Börse kotiert und schütten keine oder nur geringe Dividenden an die Eigentümer aus. Die Mitarbeiter, die 2013 rund 14 000 Vollzeit-Stellen belegten, sind in der Regel nicht im Verwaltungsrat (Aufsichtsrat) vertreten.

Exemplarisch sei hier die grösste Krankenkasse, die CSS Gruppe, herausgegriffen. Sie weist 2014 mehr als 1.7 Mio. Versicherte, fast 5.4 Mrd. Bruttoprämien (= 20.8 Mrd. Złoty, Stand Sept. 2015), 2471 Vollzeitstellen und einen Marktanteil

[9] Wohnbaugenossenschaften Schweiz, Geschäftsbericht 2014: 21, www.wbg-schweiz.ch [28.09.2015].

[10] www.stadt-zuerich.ch/portal/de/index/politik_u_recht/abstimmungen_u_wahlen/vergangene_termine /111127/abstimmungszeitung.html [20.10.2015].

[11] Planungs- und Baugesetz, §49b, www.statistik.zh.ch/internet/justiz_inneres/statistik/de/wahlen_abstimmungen/abstimmungsarchiv.html [20.10.2015].

von gut 15% aus.[12] Im Jahr 2003 wurde die Gruppe umstrukturiert, der bis dahin operativ tätige CSS Verein wurde auf eine reine Eigentümerfunktion zurückgebunden. Dieser Verein mit rund 640 000 Mitgliedern hält alle Aktien der nicht börsenkotierten Holding AG, die das Versicherungsgeschäft mit sieben Aktiengesellschaften betreibt [CSS Gruppe, Geschäftsbericht 2014: 48-51]. Der CSS Verein wird durch einen 40-köpfigen Mitgliederrat vertreten, der den Verwaltungsrat der Holding wählt und Jahresbericht und Rechnung von Holding und Konzern genehmigt. Faktisch entspricht die CSS Gruppe damit einem VEB-Betrieb.

Mobility Carsharing Schweiz wurde 1997 als Genossenschaft gegründet und bezweckt ein ökologischeres Verkehrsverhalten mittels „nutzen statt besitzen" (sharing) von Autos. Mobility zählt zurzeit rund 120 000 Kunden, denen 2700 Fahrzeuge an 1400 Standorten in der Schweiz zur Verfügung stehen. Innovative Techniken ermöglichen Selbstbedienung und das sharing von privaten Autos mittels einer speziellen App.

„Die ökologische Nachhaltigkeit von Carsharing belegen unabhängige Zahlen (Evaluation Carsharing, Interface Politikstudien Forschung Beratung, Luzern 2012, von Mobility hochgerechnet auf 2014, d. V.): Dank Mobility sind 27 600 weniger Autos auf Schweizer Strassen unterwegs und 41 400 weniger Parkplätze vonnöten. Ein Carsharing-Privatkunde spart pro Jahr und Kopf rund 298 Kilogramm CO2, ein Businesskunde gut 250 Kilogramm. Das summiert sich zu einem Total von 20 500 Tonnen CO2."[13]

Fast die Hälfte der Kundschaft von Mobility ist Mitglied der Genossenschaft. Sie nehmen Einfluss auf die Gesellschaft über 19 regionale Sektionsversammlungen, welche die 150 Mitglieder der nationalen Delegiertenversammlung wählen. Letztere genehmigt unter anderem Geschäftsbericht, Jahresrechnung und Änderungen der Statuten, sie wählt auch die fünf Verwaltungsräte [Geschäfts- und Nachhaltigkeitsbericht 2014: 8, 13, 25-26].

Mobility erwirtschaftete 2014 einen Umsatz von 71.4 Mio. und einen Gewinn nach Steuern von 3.9 Mio. Franken, der vollständig reinvestiert wurde. Die 186 Mitarbeitenden, die sich 156 Vollzeitstellen teilen, sind nicht im Verwaltungsrat vertreten. Über die gesetzlichen Anforderungen an die Mitwirkung gehen die Information über die Geschäftstätigkeit, der Gesundheitsschutz und die Familienfreundlichkeit hinaus [Geschäfts- und Nachhaltigkeitsbericht 2014: 31]. Mobility ist mittlerweile der grösste nationale Anbieter für individuelle Mobilitätsdienstleistungen. Für die Automiete im Ausland arbeitet er mit seinen Konkurrenten Avis und Hertz zusammen. Trotz der formell vorhandenen Mitwirkungsmöglichkeiten der Genossenschafter ist Mobility als VEB-naher Betrieb einzustufen.

[12] CSS Gruppe, Geschäftsbericht 2014: i (Highlights).

[13] Geschäfts- und Nachhaltigkeitsbericht 2014: 12, www.mobility.ch/de/privatkunden [13.10.2015].

2.6. Selbstverwaltete Betriebe

Genossenschaftlich organisierte Baufirmen und Produktionsbetriebe entstanden vor allem nach dem Ersten Weltkrieg. Auf Initiative des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes wurde 1932 der Verband genossenschaftlicher Bau- und Industriebetriebe (VGB) mit 18 Mitgliederfirmen gegründet. Auf seinem Höhepunkte im Jahre 1957 zählte der VGB 46 Mitglieder. Danach bröckelten die Mitglieder ab, der 1975 in Verband schweizerischer Produktivgenossenschaften (VSP) umbenannte Verband wurde 2009, als er noch 15 Mitgliedsfirmen mit etwas mehr als 600 Mitarbeitenden aufwies, aufgelöst.

Im Zuge der 68er-Bewegung entstanden zahlreiche private Kleinbetriebe, die durch das Personal weitgehend oder vollständig selbst verwaltet wurden. Selbstverwaltung kann innerhalb bestehender Organisationsformen (z.B. Aufsichtsrat – Geschäftsleitung) mittels reiner Mitarbeiterpartizipation oder aber mittels unterschiedlich ausgestalteter, basisdemokratischer Beteiligungsmodelle innerhalb verschiedenen Rechtsformen (vor allem Genossenschaften) praktiziert werden. Es gab selbstverwaltete Gasthäuser, Kulturhäuser, Reisebüros, Druckereien, Verlage, Buchläden, Filmverleihe, Handwerkerkollektive und vieles mehr. Im Buch Inseln der Zukunft stellten sich 1979 insgesamt 47 selbstverwaltete Betriebe selbst vor [Holenweger, Mäder (Hrsg.) 1979: 6]. Von diesen existieren heute (gemäss einer eigenen Recherche auf www.google.ch) noch 20 unter dem gleichen Namen mit mehr oder weniger gleichartiger Tätigkeit. Sechs veränderten ihre Rechtsform und/oder ihre Tätigkeiten in erheblichem Masse, 13 wurden verkauft oder liquidiert und neun sind nicht auffindbar und demnach mit grosser Wahrscheinlichkeit inexistent. Das 1981 gegründete, heute nicht mehr existierende «Netzwerk für Selbstverwaltung», dem viele dieser Betriebe angeschlossen waren, gab den Anstoss für die Gründung der oben erwähnten Alternativen Bank Schweiz und 1983 auch für die Pensionskassen-Sammelstiftung NEST. NEST waren zu Beginn die Mitarbeiter von selbstverwalteten Betrieben angeschlossen, Ende 2014 versicherte sie 17 914 Personen aus 2917 Betrieben, das Vorsorgekapital betrug 1.6 Mrd. Franken.

Mit der Metron soll eine interessante Firma, die heute erfolgreich tätig ist, hier kurz näher betrachtet werden. Metron wurde 1965 von vier engagierten Personen gegründet und ist in den Bereichen Architektur, Raumentwicklung, Verkehr, Landschaft und Umwelt in Sachen Beratung, Forschung, Planung und Realisierung tätig. 1974 wurde die Selbstverwaltung eingerichtet. Heute beschäftigt Metron 140 Personen und erzielte 2014 einen Umsatz von 20,7 Mio. Franken. Der Gewinn wird entweder reinvestiert als oder allen Mitarbeitenden ausgeschüttet.

Rechtlich betrachtet ist Metron AG eine Holdinggesellschaft mit sieben Tochter-Aktiengesellschaften. 60% der Aktien von Metron AG sind in der Hand der Metron Stiftung für Mitbestimmung, die der Belegschaft gehört. Die Mitbestimmung ist zweistufig organisiert:

– auf Holdingstufe entscheidet die Versammlung der Mitarbeiter über die Planung und die Mehrjahresstrategie, wählt an der Generalversammlung den Verwaltungsrat (Aufsichtsrat) sowie den oder die Verwaltungsratsdelegierten und beschliesst die Gesamtarbeitsverträge (Tarifverträge) und das Organisationsreglement.

– Mitbestimmung auf Stufe der Betriebe: Die Belegschaften wählen ihre Geschäftsleitungen. Über wichtige Entscheide innerhalb der Betriebe (wie Jahresplanung und Jahresstrategie inkl. Budgets/Löhne, Neuanstellungen, Bewilligung von Investitionen) wird an der Bürositzung abgestimmt. Ein Mitspracherecht gilt auch bei der Arbeitsorganisation.[14]

Kennzeichen der Metron waren neben der Mitbestimmung immer auch der ganzheitliche Ansatz und die innovativen Methoden bei allen Aktivitäten. Diverse leitende Personen engagierten sich in der Politik, sei es als Mitglied einer Gemeindeexekutive oder in einem kommunalen oder kantonalen Parlament.

Ähnlich strukturiert sind andere Beratungsunternehmen wie Infras und die kleineren Firmen Econcept und Büro Bass. Infras wurde 1976 gegründet und ist vollständig im Besitz der Geschäftsleitung und langjähriger Mitarbeiter. Heute beschäftigt Infras 50 Mitarbeiter aus diversen Disziplinen.[15] Diese Unternehmen haben sich seit Jahrzehnten erfolgreich im Wettbewerb mit vielen anderen Consultingfirmen und Hochschulinstituten bewährt und sich einen guten Namen geschaffen.

3. Vergleich und klassifikatorische Typologie

Die oben vorgestellten Unternehmen werden nun systematisch anhand der in Kapitel 3 einleitend aufgeführten Kriterien verglichen und typisiert. Darauf gestützt wird entschieden, welche dieser Unternehmen aus welchen Gründen nichtkapitalistisch sind.

3.1. Schematischer Vergleich

Alle oben diskutierten Wirtschaftseinheiten sollen nun anhand der in Kapitel zwei eingangs aufgeführten fünf Kriterien miteinander verglichen werden. Das Ausmass, in dem diese Kriterien zutreffen, ist in den Abbildung 1 als Längsbalken dargestellt. Die Skalierung geht von 0-100, sie ist so gewählt, dass eine rein kapitalistische Unternehmung von ähnlicher Grösse bei allen Kriterien ein Niveau von Null aufweist. Je stärker Betriebe oder Institutionen davon abweichen, desto

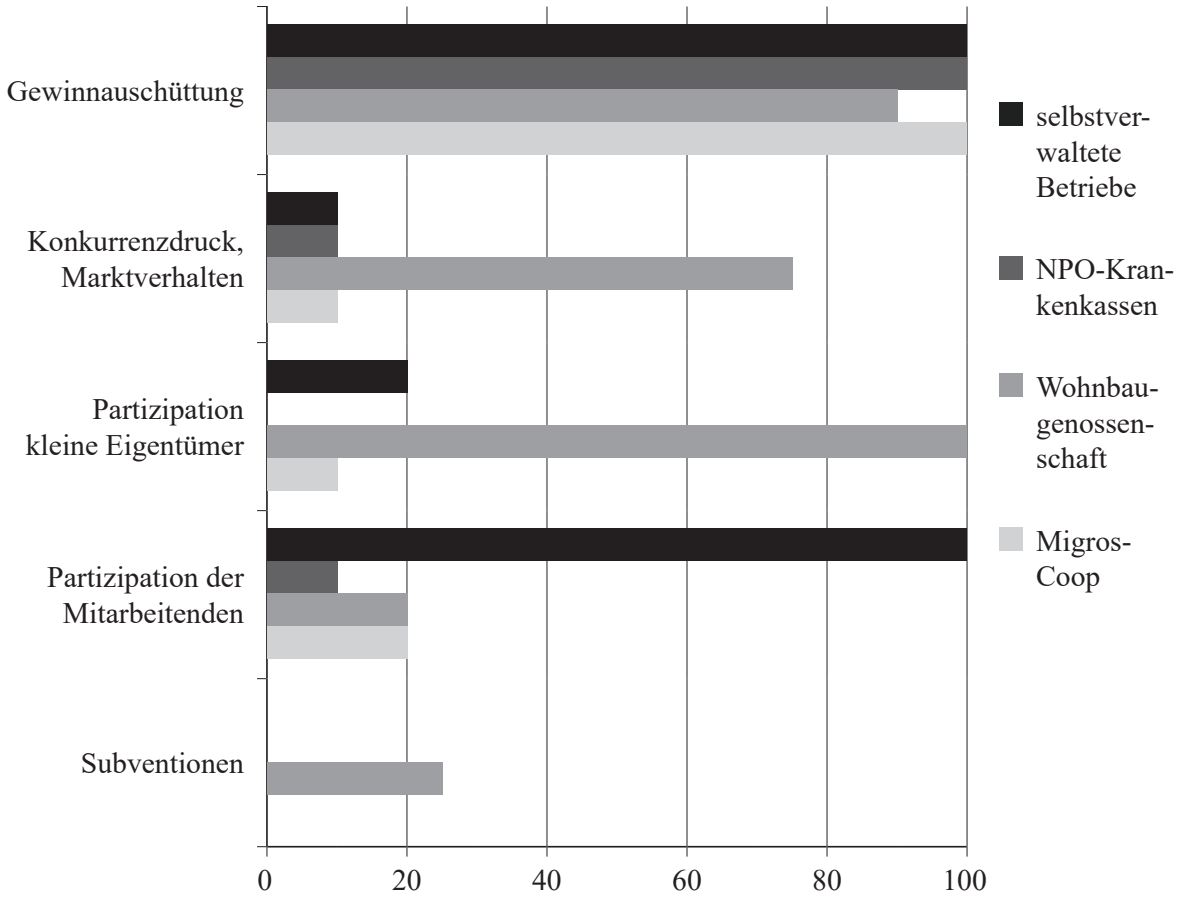
[14] www.metron.ch/m/mandanten/190/download/arb_Metron_Mitbestimmung_150527.pdf [13.10.2015].

[15] www.infras.ch/d/infras/index.html [13.10.2014].

näher liegen sie beim Maximalwert von 100. Ein Wert von 100 bedeutet, dass die betrachteten Wirtschaftseinheiten keine Gewinne ausschütten, keinem Konkurrenzdruck durch kapitalistische Unternehmen unterliegen und sich selbst auch nicht wie solche am Markt verhalten, grösstmögliche Partizipationsmöglichkeiten für kleine Anteilseigner resp. für die Mitarbeitenden bieten und vollständig von staatlichen Subventionen oder Transfers abhängen.

Wie Graph 1 zeigt, weisen Migros und Coop (im jeweils untersten Balken dargestellt) bei der Gewinnausschüttung die grösste Abweichung von ähnlich grossen kapitalistischen Unternehmen auf. Weit weniger wiegt der Unterschied bei der Partizipation (Mitbestimmung) der Mitarbeiter, bei den drei anderen Kriterien sind die Abweichungen gering oder inexistent. Diesem Muster folgt weitgehend auch die Raiffeisengruppe, ebenso die diskutierten Versicherungen und Mobility Carsharing. Auf ihre separate Darstellung in der Abbildung wird deshalb verzichtet, auch wenn bei ihnen die Partizipation der kleinen Anteilseigner zum Teil deutlich ausgeprägter ist als bei Migros und Coop. Die Partizipation der Mitarbeiter bleibt dagegen tiefer, sie entspricht in etwa dem gesetzlichen Minimum.

Graph 1. Ausgewählte Wirtschaftseinheiten nach fünf Kriterien



Wohnbaugenossenschaften (im zweituntersten Balken dargestellt) erheben grundsätzlich Mieten, die alle Kosten vollständig abdecken. Sie verhalten sich damit am Markt deutlich anders als ihre gewinnorientierten kapitalistischen Konkurrenten. Da ihre Kosten in der Regel auch einen annähernd marktüblichen Zins für die Einlagen der Anteilseigner einschliessen, kann es in der Praxis auch zu (in der Regel) bescheidenen Dividendenausschüttungen kommen. Die Wohnbaugenossenschaften stehen unter dem Konkurrenzdruck kapitalistischer Bauherren und Promotoren bei der Beschaffung von Land (soweit sie nicht von Kommunen unterstützt werden) und dem Bezug von Bauleistungen, deutlich weniger bei der Vermietung von Wohnungen, wie die Wartelisten von Interessierten zeigen. Die Partizipation der Anteilseigner (Genossenschafter) ist intakt, insoweit die Betroffenen ihre Rechte auch wahrnehmen. Manche (aber nicht alle) Wohnbaugenossenschaften operieren mit staatlicher Hilfe. Den Subventionen des Staates (meistens der Kommune, die Land oder Baurechte unterhalb des Marktwertes abgibt) stehen gewöhnlich Eigentumsbeschränkungen (keine Weiterveräusserung von Land oder Baurechten, Belegungsvorschriften für die Wohnungen, Pflicht zur Kostenmiete), und Leistungen für die Gesellschaft (z.B. öffentlich zugängliche Räume, Aussenanlagen und Einrichtungen wie Kindertagesstätten) gegenüber, welche die Subventionen mehr oder weniger aufwiegen.

Gemeinsam ist den Non Profit Organisationen (NPO) in der Gastronomie, den Krankenkassen und den selbstverwalteten Betrieben, dass die Ausschüttung von Gewinnen keine Rolle spielt und dass ein grosser Konkurrenzdruck besteht. Bei den Krankenkassen haben zudem die Versicherten zumindest formelle Mitwirkungsrechte. Bei den übrigen Kriterien, insbesondere beim Marktverhalten, gibt es bei den Krankenkassen und den anderen NPO aber kaum Unterschiede zu einer kapitalistischen Unternehmung. Die Krankenkassen sind deshalb in Abbildung 1 durch die NPO (mit den schwarzen Balken) weitgehend repräsentiert. Im Gegensatz dazu ist die Partizipation der Mitarbeitenden bei den selbstverwalteten Betrieben (oberster Balken) maximal gross. Dagegen haben ihre Teilhaber geringe Einflussmöglichkeiten, falls sie nicht selbst im Betrieb mitarbeiten.

3.2. Typologie

Der obige Vergleich zeigt, dass die Gemeinsamkeiten der oben betrachteten Wirtschaftseinheiten darin bestehen, dass sie nicht an der Börse kotiert sind und dass sie weitgehend oder ganz auf die Ausschüttung von Dividenden an die Eigentümer verzichten. Gemeinsam ist auch fast allen die formelle oder faktische **Neutralisierung des Kapitals**, d.h. dass das Kapitaleigentum nicht an einzelne Personen gebunden und nicht zwischen einzelnen Personen aufteilbar ist [Sik 1979:

404]. Die Hauptunterschiede liegen im **Konkurrenzdruck** durch kapitalistische Unternehmen im eigenen Marktverhalten sowie im **Ausmass der Partizipation** der kleinen Anteilseigner und der Mitarbeitenden. Aufgrund dessen lassen sich folgende **drei Typen** unterscheiden:

1. Wirtschaftseinheiten, die einem starken Konkurrenzdruck kapitalistischer Unternehmen ausgesetzt sind und sich am Markt gleich oder ähnlich wie solche von annähernd gleicher Grösse verhalten. Von kapitalistischen Unternehmen unterscheiden sie sich zudem nicht oder wenig bezüglich materieller Partizipationsmöglichkeiten kleiner Anteilseigner oder der Mitarbeitenden. Sie wurden oben als verwaltungsratseigene Betriebe (VEB) oder VEB-nahe bezeichnet. Dazu gehören Migros, Coop, die meisten NPOs und Krankenkassen. Auch die Raiffeisen Gruppe, die Versicherungen Mobiliar und Mutuelle Vaudoise und Mobility Carsharing zählen hier dazu, auch wenn die Genossenschafter formell grössere Partizipationsmöglichkeiten besitzen.

2. Wirtschaftseinheiten, die einem begrenzten Konkurrenzdruck kapitalistischer Konkurrenten ausgesetzt sind und die sich am Markt deutlich anders als diese verhalten. Sie werden teilweise (bei der Baulandbeschaffung) oder gar nicht vom Staat subventioniert. Ihre Anteilseigner besitzen nicht nur formell, sondern auch materiell eine starke Stellung und sind als Nutzende (Mietende) unmittelbar am Gedeihen ihrer Institution interessiert. Dazu zählen die Wohnbaugenossenschaften.

3. Wirtschaftseinheiten, die dem vollen Konkurrenzdruck kapitalistischer Unternehmen ausgesetzt sind. Von letzteren unterscheiden sie sich hauptsächlich dadurch, dass die Mitarbeiter einen dominanten, die Kapitaleigner dagegen kaum einen Einfluss auf die Entscheidungen besitzen. Dazu gehören die selbstverwalteten Betriebe aller Art, unter Einschluss der heute noch existierenden Produktionsgenossenschaften.

In Tabelle 3 sind die oben diskutierten Wirtschaftseinheiten im Überblick dargestellt.

Es überrascht nicht, dass die Wirtschaftseinheiten von Typ 1 weitaus am meisten Umsatz und Beschäftigte ausweisen. Die Einheiten von Typ 2 dürften schätzungsweise etwa 1000 und jene von Typ 3 höchstens 15 000 Beschäftigte aufweisen.

Kann bei den oben identifizierten drei Typen von nicht-kapitalistischen Unternehmen gesprochen werden? Bei Typ 1 ist die Antwort klar negativ, die Unterschiede gegenüber ähnlich grossen reinen kapitalistischen Unternehmen sind zu gering. Bei den Typen 2 und 3 ist die Antwort dagegen positiv, die Unterschiede gegenüber ähnlich grossen kapitalistischen Unternehmen sind deutlich und genügend ausgeprägt.

Tabelle 3. Daten und Merkmale ausgewählter Wirtschaftseinheiten 2013

Unternehmung	Rechts-form	Umsatz (Mio. CHF)	Rang &	Anzahl Vollzeit-stellen	Anzahl Personalvertre-ter im VR	Leistungen für die Gesellschaft	Typ
Migros-Gruppe (mit Denner)	Gen	29 610	1	72 666	2 von 23	Kulturprozent (1% Umsatz), Fairtrade	1
Coop Gruppe	Gen	26 967	2	64 399	1 von 10	Fairtrade	1
Claro Fair Trade	AG	15,5*		44	0	Aufbauhilfe Süd	1
SFV Untern.	Gen	236	6	1577	0	Integrations-arbeitsplätze	1
SV Group	AG	707	3	5720	0		1
ABZ*	Gen	60	1	60	0 (Vertrau-ensleute-kom-mission)	Solidaritätsfonds; öffentlich zu-gängliche Räume	2
Mobility*	Gen	70	1	180	0	reduzierte Luftbelastung	1
WOZ	Gen	4,8		32	selbstverwaltet		3
Metron*	AG	20.7		140	selbstverwaltet		3
Banken		Bilanz-summe					
Raiffeisen-Gruppe	Gen	176 575	3	8‘887	0	–	1
Migros Bank	AG 1)	38 882	9	1354	1 in Gruppe	–	1
Alternative Bank Schweiz	AG	1‘386	98	80	0	Kredite für nach-haltige Projekte	1
Freie Gemein-schaftsbank BS	Gen	251	216	20	0	Stiftung für sozi-ale Projekte	1
Versicherungen		Prämien					
CH-Mobiliar*	Gen	3 428	14	4 200	0	0,4% Prämienein-nahmen für sozia-le Projekte	1
Mutuelle Vau-doise	Gen	1395**	8	1233	0	Programm Involvere	1
CSS Kranken-kasse*	Verein	5379	1	2471	0	Gesundheits-projekte	1

* Angaben für 2014, bezw. Claro Fair Trade: Geschäftsjahr 2013-2014 (Abschluss per 30.6.).

** nur für Schadensversicherung.

& Rang = Bedeutung innerhalb der Branche nach Umsatz (1 = Firma mit grösstem Umsatz der Branche).

AG = Aktiengesellschaft, Gen = Genossenschaft, Stift = Stiftung, VR = Verwaltungsrat (Aufsichtsrat).

Q u e l l e: SHZ 2014: 36, 64-65, 82 (Angaben für 2013); eigene Erhebung (vor allem Jahresberichte).

Sind die so identifizierten nicht-kapitalistischen Betriebe und Organisationen weniger erfolgreich und existieren sie weniger lang als kapitalistische Unternehmen? Die Erfahrungen in der Schweiz sind hier nicht eindeutig. Die allermeisten Wohnbaugenossenschaften (Typ 2) haben sich seit langem bewährt, sie sind für die Mieter attraktiv und müssen nicht befürchten, dass diese zu kapitalistischen Vermietern umziehen. Manche haben zudem innovativ bezüglich Architektur, Umgebung sowie Wohn- und anderen Nutzungsformen gewirkt. Bei den selbstverwalteten Firmen (Typ 3) ist die Bilanz dagegen sehr durchmischt. Die grosse Mehrzahl der Ende der siebziger Jahre vorhandenen Betriebe („Inseln der Zukunft") ist mittlerweile verschwunden oder in mehr oder weniger kapitalistische Firmen umgewandelt worden. Das lag nicht daran, dass die Belegschaft – wie es theoretisch zu erwarten wäre – das Pro-Kopf-Einkommen anstelle des Gewinns zu maximieren suchte und deshalb erfolgversprechende Expansionsmöglichkeiten nicht wahrnahm [Corneo 2014: 202-204]. Vielmehr erlosch der anfängliche Enthusiasmus langfristig, zumal die Löhne in vielen Betrieben unterhalb des Branchendurchschnitts lagen und bis zur Selbstausbeutung gingen. Ausschlaggebend dafür waren neben dem grossen Konkurrenzdruck kapitalistischer Unternehmen je nach Betrieb diverse Gründe: Die tiefe Ausstattung mit Eigenkapital, so dass Verluste schlecht aufgefangen werden konnten, mangelnder Wille oder ungenügende Fähigkeiten, den eigenen Betrieb rationell zu organisieren und/oder Kundenbedürfnisse zu antizipieren und marktgerecht darauf zu reagieren. Im Gegensatz dazu haben die erfolgreichen, heute noch bestehenden selbstverwalteten Betriebe ihre Wettbewerbsfähigkeit durch innovative Konzepte und Methoden (die Beratungsfirmen beispielsweise durch ihre interdisziplinäre Arbeitsweise) gewonnen und beibehalten. Zudem wurden basisdemokratische Entscheidungsprozesse, soweit sie ursprünglich vorhanden waren, für die operative Tätigkeit weitgehend abgeschafft und durch hierarchische Strukturen (formelle Geschäftsleitungen und, je nach Betriebsgrösse, weitere Führungsebenen) ersetzt.

Zusammenfassung

Der nicht-kapitalistische Sektor, definiert als Staat und die nicht marktwirtschaftliche private Produktion, umfasst im Jahr 2013 gemäss amtlicher Statistik 14% der gesamten Beschäftigung (Vollzeitstellen). Es stellt sich die Frage, wie viele Genossenschaften, Stiftungen und Vereine, die statistisch dem privaten marktwirtschaftlichen Sektor zugerechnet werden, nicht-kapitalistisch sind. Die oben diskutierten Wirtschaftseinheiten aus dem 2. und 3. Sektor lassen sich aufgrund der verwendeten fünf Kriterien in drei Typen einteilen:

Typ 1 umfasst Wirtschaftseinheiten, die einem starken Konkurrenzdruck kapitalistischer Unternehmen ausgesetzt sind und sich am Markt gleich oder ähnlich wie solche von annähernd gleicher Grösse verhalten. Bezüglich Partizipation

(Mitbestimmung) der kleinen Eigentümer und der Mitarbeiter unterscheiden sie sich wenig von kapitalistischen Unternehmen. Die allermeisten der vorgestellten Wirtschaftseinheiten gehören diesem Typ an.

Zu **Typ 2** gehören Wirtschaftseinheiten, die einem begrenzten Konkurrenzdruck kapitalistischer Konkurrenten ausgesetzt sind und sich am Markt deutlich anders als diese verhalten. Sie werden teilweise vom Staat subventioniert. Ihre Anteilseigner besitzen nicht nur formell, sondern auch materiell eine starke Stellung. Dazu zählen die Wohnbaugenossenschaften.

Typ 3 enthält Wirtschaftseinheiten, die dem vollen Konkurrenzdruck kapitalistischer Unternehmen ausgesetzt sind. Von letzteren unterscheiden sie sich hauptsächlich dadurch, dass die Mitarbeiter einen dominanten, die Kapitaleigner dagegen kaum einen Einfluss auf die Entscheidungen besitzen. Dazu gehören die selbstverwalteten Betriebe aller Art, unter Einschluss der heute noch existierenden Produktionsgenossenschaften.

Aufgrund ihrer geringen Unterschiede zu kapitalistischen Konkurrenten gleicher Grösse gehören nach unserer Auffassung alle oben diskutierten Wirtschaftseinheiten von Typ 1, vor allem die Grossunternehmen (Migros, Coop, Raiffeisen, Mobiliar, Krankenkassen usw.), zum kapitalistischen Sektor. Zum nicht-kapitalistischen Sektor zählen dagegen die zu Typ 2 gehörenden Wohnbaugenossenschaften und die selbstverwalteten Betrieben von Typ 3.

Wird die Anzahl Vollzeitstellen in den Betrieben der Typen 2 und 3 grosszügig auf 20 000 geschätzt, erreicht der nicht-kapitalistische Sektor einen Anteil von 14.5% aller Vollzeitstellen, unter Einschluss der nicht berücksichtigten Landwirtschaft dürften es rund 15% sein. Dies liegt sehr nahe am Ergebnis von 14% für den staatlicher und den privaten nicht-marktwirtschaftlichen Sektor gemäss amtlicher Statistik. Die oben behandelten Wirtschaftseinheiten von Typ 1 weisen sehr viel mehr Beschäftigte als jene der Typen 2 und 3 auf. Im Klartext: Je grösser die Abweichungen von streng kapitalistischen Unternehmen, desto seltener, kleiner und damit unbedeutender sind die Wirtschaftseinheiten. Ganz im Sinne des polnischen Satirikers Stanisław Jerzy Lec: „Viele, die ihrer Zeit vorausgeeilt waren, mussten auf sie in sehr unbequemen Unterkünften warten."

Literatur

BFS, 2009, *Bundesamt für Statistik, Betriebszählung 2008. Grundlagen und Methoden*, Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.

BFS, 2014, *Bundesamt für Statistik, VGR-Revision 2014: Wichtigste Änderungen und Auswirkungen*, BFS Aktuell, 04 Volkswirtschaft, Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.

BFS, 2015, *Bundesamt für Statistik, Satellitenkonto Haushaltproduktion 2013*, Medienmitteilung vom 19.02.2014.

BFS, 2015a, *Bundesamt für Statistik, Volkszählung, Wohnungen*, www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/09/01/new/nip_detail.html?gnpID=2015-158 [28.09.2015].

Blattmann L., Merz D., 2010, *Sozialfirmen. Plädoyer für eine unternehmerische Arbeitsintegration*, Zürich: rüffer & rub.
Chambre GE, 2015, *Chambre de l'économie sociale et solidaire, Panorama de l'économie sociale et solidaire à genève, étude statistique 2015*, Genève.
Corneo G., 2014, *Bessere Welt. Hat der Kapitalismus ausgedient? Eine Reise durch alternative Wirtschaftssysteme*, Wien: Goldegg Verlag.
Eurostat, 2014, *Europäische Kommission, Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen – ESVG 2010*, Luxemburg.
Holenweger T., Mäder W. (Hrsg.), 1979, *Inseln der Zukunft. Selbstverwaltung in der Schweiz*, Zürich: Limmat Verlag.
IGB, 2014, *The 2014 World Cooperative Monitor*, hrsg. von International Co-operative Alliance (= Internationaler Genossenschaftsbund IGB) und Euricse, Sept. 2014, http://ica.coop/sites/default/files/attachments/WCM2014_print.pdf [20.10.2015].
OECD, 2015, *OECD, Government at a Glance*, Paris, www.oecd-ilibrary.org/docserver/download/4215081e.pdf?expires=1443458957&id=id&accname=guest&checksum=B2B8C11EF29C51009C65366512566610 [28.09.2015].
Ostrom E., 1999, *Die Verfassung der Allmende. Jenseits von Staat und Markt*, Tübingen (2. Nachdruck 2012).
SHZ, 2014, *Schweizerische Handelszeitung, Top 500. Die grössten Unternehmen der Schweiz 2014*, Zürich: SHZ.
Šik O., 1979, *Humane Wirtschaftsdemokratie. Ein Dritter Weg*, Hamburg: Albrecht Knaus Verlag.
Spieler W., 2008, Hobel, GEMI und die Zukunft der Produktivgenossenschaften, *Neue Wege*, Nr. 7/8: 214 ff.
Spieler W., 2013, Genossenschaftlicher Member Value statt kapitalistischer Shareholder Value, in: . R. Gurny, U. Tecklenburg (Hrsg.), *Arbeit ohne Knechtschaft*, edition 8, Zürich, 317-334.
Wohnbaugenossenschaften Schweiz, Geschäftsbericht 2014, Zürich 2015, www.wbg-schweiz.ch/data/wbg_gb_2014_web_7726.pdf [28.09.2015].
Wohnen Schweiz, http://www.wohnen-schweiz.ch [28.09.2015].
www.dock-gruppe.ch/index.php/industrie.
Zeittabellen von 1800-1978, 1980, hrsg. vom SGB (1980): *Schweizerischen Gewerkschaftsbund*, Bern: Bubenberg-Verlag.

The non-capitalist sector in Switzerland

Abstract. *The above discussed economic units can be classified into three types:*

– Type 1 comprises units facing tight competition and behaving like capitalist companies. This is the case for larger firms such as Migros, Coop, Raiffeisen, Mobiliar, health insurances etc.

– Units of type 2 differ markedly from capitalist competitors; their bulk is formed by cooperatives providing housing for their members.

– Units of type 3 consist of labour managed firms of all kinds, establishing a dominant role for the staff, thus disempowering capital owners.

The non-capitalist sector counts about 12.5% of total employment (full time equivalents). The units of type 2 and 3 raise the figure given in Table 1 only by 0.5 percentage points. So the larger the deviations from "true" capitalist companies, the less frequent, smaller, and thus less important the firms. Or in the words of the Polish satirist Stanisław Jerzy Lec, "Many who ran in front of their time had to wait for it in very uncomfortable lodgings."

Keywords: *economic systems, governance of the firm, profit distribution policy, employee participation, co-determination, labour managed firms, cooperatives*